

# Fraktion Aktuell



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren berichten wir hier regelmäßig  
über unsere Arbeit.

Am 26.04.2023 fand die vierte Stadtverordnetenver-  
sammlung im Jahr 2023 statt, wir berichten hier über  
unsere Arbeit vom April 2024.

Über Ihre/Eure Anregungen freuen wir uns.

Britta Kornmesser

## Unsere Themen diesen Monat:

1. **Ralf Holzschuher** – Aus für das Bürgerhaus Altstadt? Stundenlange Diskussion endet ohne positives Ergebnis
2. **Britta Kornmesser** – Bürgerbeteiligung bei der Erzeugung von Solarstrom auf kommunalen Dächern und Flächen ermöglichen
3. **Nicole Näther** - Wir haben nachgefragt



## Ralf Holzschuher Aus fürs Bürgerhaus Altstadt? Stundenlange Diskussion endet ohne positives Ergebnis

17 Stadtverordnete wollten OB Scheller gestern verpflichten, einen neuen Vertrag für die Bäckerstraße 14 abzuschließen, wenn dies zu vernünftigen Bedingungen mit dem Eigentümer möglich ist. Doch CDU, Freie Wählern, AfD und FDP waren dagegen.

Wir wollen mehr Kultur für unsere Stadt. Dafür brauchen wir auch so bewährte Einrichtungen wie das Bürgerhaus. Der Nutzungsvertrag endet im August. Und jetzt spricht viel dafür, dass dann auch Schluss ist mit der Kultur in der Bäckerstraße. Etwas weniger Lebendigkeit, etwas weniger Kultur – das scheint für Scheller und die CDU vor allem ein Beitrag zur Haushaltssanierung zu sein. Wir meinen: Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil einer Stadt. Gerade die Vielfalt macht Brandenburg noch spannend und attraktiv. Ohne vielfältige bürgernahe Kultur wird die Stadt keine Einwohner gewinnen, keine Fachkräfte. Langfristig zahlt es sich aus, in Kultur zu investieren. Andere Städte haben längst erkannt, wie wichtig Kultur als Standortfaktor ist!

Ist das letzte Wort gesprochen? Nach stundenlangen Gesprächen und Verhandlungen war gestern fast ein Kompromiss erreicht. Zunächst war ein Kompromissvorschlag im Raum, wonach der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte mit allen Beteiligten (Stadt, Altstädter e.V. und dem Eigentümer/Vermieter des Bürgerhauses) über die Zukunft und den Erhalt „des Bürgerhauses“ zeitnah in Verhandlungen zu treten. Dieser Vorschlag wurde von CDU und Freien Wählern letztendlich nicht mitgetragen. CDU und Freie Wähler schlugen einen weiteren Änderungsantrag vor. Scheller hätte auch danach unter anderem mit Eigentümer und Verein verhandeln sollen, aber nicht notwendig nur auf das jetzige Haus in der Bäckerstraße bezogen. Das war zwar etwas vage, hätte aber immerhin eine Perspektive ermöglicht. Doch durch einen Verfahrensfehler – oder war es gewollt? - wurde nicht zuerst über diesen Änderungsantrag abgestimmt, der wohl eine Mehrheit bekommen hätte.

Aber der Vorsitzende Walter Paaschen brachte erst den Hauptantrag zur Abstimmung, der von 5 Stadtverordneten eingereicht worden war. Inhalt dieses Antrages war, dass die Stadt für das Bürgerhaus in der Bäckerstraße 14 einen über August 2023 hinausgehenden Miet- oder Pachtvertrag abschließt mit dem Ziel einer soziokulturellen Nutzung. Aber nach dessen Ablehnung war nichts mehr da, was mit einem Kompromiss geändert werden konnte. So endete eine lange Sitzung mit einem zutiefst ärgerlichen Ergebnis.

Selten hat sich die SVV den Menschen in der Stadt so schlecht präsentiert wie gestern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Kompromissbereitschaft ehrlich war. In den nächsten Tagen wird sich zeigen, ob auch der Oberbürgermeister – wie angekündigt – zu weiteren Gesprächen bereit ist. Und CDU und Freie Wähler haben die Chance, ihren Vorschlag erneut als eigenständigen Antrag einzubringen. Wir werden sie beim Wort nehmen.

Wer glaubt, mit dem gestrigen Votum sei die Debatte beendet, irrt. Schon wegen der Petition zum Bürgerhaus bleibt das Thema in der Stadtpolitik. Und wir brauchen ein modernes Kulturmanagement, das Veranstaltungen in die Stadt holt und auch Einnahmen erzeugt. Darüber muss jetzt erst recht geredet werden.



Das Bürgerhaus in der Bäckerstraße 14



## **Britta Kornmesser**

### **Bürgerbeteiligung bei der Erzeugung von Solarstrom auf kommunalen Dächern und Flächen ermöglichen**

Auch die Stadt Brandenburg an der Havel muss sich aktiv und zeitnah den Herausforderungen zur Umsetzung der Energiewende und zur Absicherung der Versorgungssicherheit und einer bezahlbaren Stromversorgung stellen.

Mit dem Beschluss des Antrages 013/2023 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg die Verwaltung beauftragt zu prüfen, welche Flächen innerhalb des Stadtgebietes aufgrund Ihrer Lage, ihrer Nutzung- oder Nutzungsperspektive oder wirtschaftlichen Bedeutung in Frage kommen, um darauf Photovoltaikanlagen zu errichten. Gleichzeitig soll auch geprüft werden, welche Flächen von Gebäuden oder anderen Baulichkeiten (vor allem im städtischen Eigentum) entsprechend genutzt werden könnten. Dazu soll die Verwaltung auch mit den Stadtwerken Brandenburg an der Havel gemeinsame Überlegungen anstellen, da die Stadtwerke in diesem Bereich eigene Aktivitäten vorantreiben wollen. Der SVV sollen in einem Bericht die identifizierten Potentialflächen dargestellt werden.

Projekte zur Nutzung von Erneuerbaren Energien, wie z.B. Windkraft- oder Solaranlagen eignen sich auch gut für eine direkte oder indirekte finanzielle Bürgerbeteiligung. Eine Bürgerbeteiligung erhöht die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Jeder der sich daran beteiligt, leistet einen eigenen Beitrag für die Zukunft und das nicht irgendwo, sondern in seiner eigenen Kommune. Vom Gefühl etwas Gutes getan zu haben ganz abgesehen, bringt es den Bürgerinnen und Bürgern eine Einnahmequelle und eine aktive Rolle und Beteiligung an der Stadtentwicklung.

In Brandenburg an der Havel gab es in der Vergangenheit bereits mehrere solcher Projekte, die z.B. durch die Stadtwerke initiiert wurden. Dazu legten die Stadtwerke u.a. zwei Bürgerfonds auf. Auch gab es eine Initiative, wo sich Bürger zusammenschlossen und 3 Bürgersolaranlagen auf den Weg gebracht haben. Dazu zählt z.B. die PV-Anlage auf dem Dach des Brecht-Gymnasiums.

Auch bundesweit gibt es zahlreiche Modelle der Bürgerbeteiligung.

Eine sehr gute Übersicht über mögliche Bürgerfinanzierungsmodelle für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gibt eine entsprechende Broschüre zu diesem Thema aus dem Jahr 2014 (siehe Foto des Deckblattes). In der Broschüre wird ein guter Überblick über grundsätzlich denkbare Beteiligungsmodelle – von der einfachsten Form der Beteiligung, in diesem Fall einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, bis hin zu komplexen Finanzprodukten wie stillen Beteiligungen oder (geschlossenen) Fonds gegeben. Es werden die Beteiligungsmöglichkeiten im Einzelnen auf Grundlage von Steckbriefen hinsichtlich Gründungsaufwand, Ein- und Austritt, Mitspracherechte, Verwaltungsaufwand, Gesellschafterhaftung und Mindestkapital gegenübergestellt und in der Praxis bereits umgesetzte Projekte aufgezeigt. Welche Art der Beteiligung letztendlich angewendet wird, hängt in großem Umfang von den jeweiligen konkreten Vorhaben und den vorhandenen Rahmenbedingungen ab. Eine weitere Frage ist, in welcher Form Kommunen sich an dem jeweiligen Vorhaben beteiligen können.

Die Verwaltung soll nun prüfen, welche Bürgerbeteiligungsmodelle für die Installation von PV-Anlagen auf öffentlichen Flächen es gibt und welche für unsere Stadt Brandenburg an der Havel geeignet wären. Es sollen die jeweiligen Vor- und Nachteile aufgezeigt werden. Im Ergebnis soll/sollen der Stadtverordnetenversammlung ein konkreter Umsetzungsvorschlag bzw. mögliche Umsetzungsvorschläge unterbreitet werden.

**Unser Antrag erhielt eine breite Mehrheit in der SVV. Wir sind auf die Prüfergebnisse der Verwaltung sehr gespannt!**

## Bürgerfinanzierungsmodelle für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz





## Wir haben nachgefragt: Hier die Antworten...

### Bürgerhaushalt - Ein bisschen Spielgeld für die Stadtverordneten?

Spielgeld für die Stadtverordneten oder Bürgerhaushalt? Was ist ein Bürgerhaushalt – wissen Sie es? Offenbar bestehen darüber sehr unterschiedliche Auffassungen.

Seit 2019 soll der Oberbürgermeister auf Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung einen Bürgerhaushalt einführen. Passiert ist bisher nichts. Nun hatte der neue Kämmerer Thomas Barz dem Vernehmen nach eine zündende Idee: Man könnte doch jedem Stadtverordneten ein Budget über

1.500€ geben und die Stadtverordneten überlegen dann mit den Bürgern, wie jeder seine 1.500 € ausgeben kann, vielleicht hier 1,50 Meter Gehweg oder dort 1 Meter Fahrbahn...

Eigentlich schlagen bei einem Bürgerhaushalt auf Grundlage eines gewissen Budgets im Haushalt die Bürgerinnen und Bürger den Stadtverordneten Projekte, notwendige Beschaffungen oder die Streichung von Projekten vor. Zwischenzeitlich funktioniert das bei vielen Gemeinden ganz gut.

Wir fragten nach bei Thomas Barz, ob das ernst gemeint war oder nicht auch noch besser geht?

Der Kämmerer erklärte, im kommenden Monat den Stadtverordneten noch ganz viele andere Vorschläge zu unterbreiten. Wir sind gespannt!

### Nahwärmeversorgung für Gollwitz? Man war wohl tätig – aber nicht wohltätig

Nun haben wir seit fast einem Jahr drei Beigeordnete mehr, insgesamt vier, in unserem Rathaus und hofften auf Entlastung des Oberbürgermeisters, u. a. auch bei der Umsetzung von Beschlüssen der Stadtverordneten. Aber – weit gefehlt! Im Januar 2023 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung (SVV) auf Antrag des Ortsbeirates Gollwitz die Möglichkeiten zur Versorgung des Ortsteils Gollwitz mit Nahwärme zu prüfen. Über das Ergebnis der Prüfung sollte der SVV im April 2023 berichtet werden. Ein Bericht liegt bisher nicht vor. Auf Nachfrage beim Oberbürgermeister hieß es, hier sei der Bürgermeister zuständig, der Bürgermeister hat davon aber keine Kenntnis.

So war man wohl tätig – aber nicht wohltätig. Wir bleiben an dem Thema dran!

### Eichenprozessionsspinner am Radweg an der B 1 vor dem Solarpark Wust

Unmittelbar am Radweg entlang der B 1 vor dem Solarpark Wust wurden Eichenprozessionsspinner festgestellt. Viele Radfahrer legen hier unter den Bäumen ein Päckchen ein und das könnte gefährlich werden. Daher haben wir nachgefragt bei unserer Verwaltung, wem das Grundstück gehört und welche Möglichkeiten es gibt, diese Gefahren zu beseitigen.

Hier die Zusammenfassung der Antwort:

Der Befall war den Mitarbeitern der Verwaltung bislang nicht bekannt. Das Grundstück befindet sich nicht im Eigentum der Stadt. Der Straßenmeister des Landesbetriebe für Straßenwesen hat die Information zum Befall der Bäume an den Eigentümer weitergegeben und ihn zur Gefahrenbeseitigung aufgefordert. Als Maßnahmen, um die Gefahren vor allem für Radfahrer zu beseitigen schlägt die Verwaltung vor, dass der Eigentümer die Nester mechanisch absammeln lässt und ein Hinweisschild aufstellt.

### Ein Dankeschön an die Verwaltung für das umgehende Kümmern!

